

# Basta!

Nr. 4 / November 2009

## Basels starke Alternative



## Die Schweiz hat Besseres zu exportieren als Waffen

Abstimmung

**Das Ende des Kalten Krieges hat den weltweiten Rüstungswahn nicht gestoppt. Die globalen Militärausgaben haben 2008 mit über 1'400 Milliarden Dollar einen neuen Rekord erreicht. Und die Schweiz dreht an der Aufrüstungsspirale mit. Mit einem JA zur Initiative „für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten“ setzt die Schweiz ein starkes Zeichen für den Frieden. Aber nicht „nur“ das.**

Waffen sind kein Produkt wie jedes andere. Waffen kommen in Kriegen und Konflikten zum Einsatz und bringen unermessliches Leid über die Zivilbevölkerung. Auch Schweizer Kriegsgerät steht in vielen Konflikten im Einsatz: Letztes Jahr hat die Schweiz Waffen im Wert von 722 Millionen Franken exportiert – soviel wie noch nie. Grösster Kunde der hiesigen Rüstungsindustrie war 2008 der Konfliktherd Pakistan (110 Mio. Franken). Ein friedenspoliti-

scher Skandal, denn Pakistan steht im Kaschmirkonflikt mit Indien, verletzt die Menschenrechte und ist in heftige Kämpfe mit den Taliban verwickelt. 2009 gehört Saudi-Arabien trotz schwerer Menschenrechtsverletzungen zu den grössten Abnehmern von Schweizer Waffen. Und: In den letzten Jahren gingen gegen 80 Prozent der Waffenlieferungen – z.B. Mowag-Schützenpanzer oder RUAG-Handgranaten – in Länder, welche im Irak oder in Afghanis-

Multitionen an:  
Postfach 225, 4005 Basel

AZB  
4005 Basel

tan im sogenannten „Krieg gegen den Terror“ oder besser: im „Krieg um Ressourcen“ stecken. Mit einem JA zum Waffenexportverbot können wir dieses Geschäft mit dem Krieg endlich stoppen.

Die Gegenseite führt gegen die Initiative vor allem ein Argument ins Feld: Arbeitsplätze. Dabei operieren die GegnerInnen mit Fantasiestellen von bis zu 15'000 gefährdeten Arbeitsplätzen. Fakt ist: Die vom Bundesrat in Auftrag gegebene Studie von BAK Economics Basel kommt zum Schluss, dass vom Exportverbot direkt und indirekt 5'132 Arbeitsplätze betroffen sind. Die InitiantInnen haben das Arbeitsplatzargument aber von Anfang an Ernst genommen. Deshalb sieht die Initiative auch vor, dass der Bund betroffene Regionen und Arbeitnehmende während 10 Jahren in ihrer Umstellung auf zivile Produktion unterstützt. Die Kosten für diese Konversionspolitik bewertet selbst der Bundesrat als „relativ moderat“. Volkswirtschaftlich ist die Waffenexportindustrie mit weniger als 0,1 Prozent der Wertschöpfung vernachlässigbar.

Die Herausforderungen für die Zukunft, welche sich dem Globus – und damit auch der Schweiz – stellen, sind zahlreich: Hungerelend, soziale Ungleichheit, Klimakollaps und als Folge davon drohende Verteilungskämpfe. Was es jetzt braucht, ist ein entschlossenes Engagement, diese Probleme anzugehen. Dazu gehört auch ein ökologisch nachhaltiges Wirtschaften („Green New Deal“) und Investitionen in ökologisch sinnvolle Technologien der Zukunft. Schätzungen haben ergeben, dass mittelfristig im grünen Wirtschaftssektor mindestens

Fortsetzung Seite 2

# Kompromisslos gegen Gentechnologie

Basler Appell

Seit über 20 Jahren setzt sich der Basler Appell gegen Gentechnologie für eine gentechfreie Welt ein. Bulletin-Redaktor Richard Spillmann hat den unermüdlichen Aktivistinnen und Aktivisten einige Fragen gestellt. Die Redaktion setzt damit eine lose Serie fort, in der in Basel aktive Gruppierungen und Bewegungen vorgestellt werden.

Die Gentechnologie ist eine relativ junge Technologie. Wie beurteilt Ihr deren Bedeutung und Stellenwert in der Entwicklung der Wissenschaften?

*Unter Gentechnologie versteht man jene Methoden, die gezielte Eingriffe in das Erbgut von Lebewesen ermöglichen. Die Geschichte der Gentechnologie begann Anfang der 70er Jahre, als das erste gentechnisch veränderte Bakterium erzeugt wurde. Wir beim Basler Appell gegen Gentechnologie befassen uns hauptsächlich mit der Agrogentechnik, wo Nutzpflanzen gezielt verändert werden, aber auch mit der Gentechnik in der Medizin und Pharmazeutik. Der Stellenwert ist je nach Anwendungsbereich unterschiedlich: Im medizinisch-pharmazeutischen Bereich, wo der Basler Appell gezielt den Schwerpunkt seines Engagements setzt, spielt die Gentechnologie heute eine wichtige Rolle - immer mehr Medikamente werden mit Hilfe von gentechnisch veränderten Mikroorganismen hergestellt. In anderen medizinischen Bereichen wie der Gentherapie oder etwa der Xenotransplantation, wo man versucht, aus gentechnisch veränderten Tieren Organe für die Transplantation auf den Menschen zu gewinnen, erwies sich die Technologie als Flop. Im Agrarbereich stellt sich die Situation etwas anders dar: In den USA hat sich genmanipuliertes Saatgut durchgesetzt (ob dies langfristig so bleibt, ist fraglich). Nicht so in Europa, dort führen genmanipulierte Nutzpflanzen wegen des Widerstands gentechkritischer Organisationen und der KonsumentInnen noch immer ein Nischendasein.*

Jeder Entwicklungsschritt in der menschlichen Zivilisation hat bisher seine Katastrophen verursacht und wurde auch machtpolitisch und militärisch genutzt. Wie sieht das bei der Gentechnologie aus?

*Die Nutzung der Gentechnologie verhilft vor allem den Grosskonzernen im Agrobereich zu Geld und Macht. Der Saatgutriese Monsanto ist dafür ein gutes Beispiel: Wichtige Posten in der Administration von Barack Obama sind mit Monsanto-Gefolgsleuten besetzt. Und die Tatsache, dass genmanipulierte Nutzpflanzen immer auch patentiert werden, schafft grosse Abhängigkeiten.*

*Selbstverständlich kann die Gentechnologie auch militärisch genutzt werden, vor allem bei der Herstellung biologischer Kampfstoffe. Grosse Katastrophen sind bis heute ausgeblieben - aber die Technologie ist ja auch noch nicht alt.*

Der Widerstand gegen die Gentechnologie erscheint mir recht vielfältig und heterogen. Wo positioniert sich der «Basler Appell» in diesem Widerstand?

*Der Basler Appell setzt sich kompromisslos gegen jeglichen Einsatz der Gentechnologie ein und ist damit wohl die konsequenteste Organisation in der Schweiz, die sich mit diesem Thema befasst.*

Auch in der Schweiz wurden kritische und oppositionelle Gruppen überwacht und mit Repression verfolgt. Was habt Ihr da für Erfahrungen gemacht?

*Denkbar ist es durchaus, dass wir bespitzelt wurden, vor allem, als wir in den*

*90er Jahren den Bau des Novartis-Biotechnikums in Basel verhinderten und zu Zeiten der Genschutzinitiative. Aber wir sind nie darauf gestossen. Vielleicht auch deshalb, weil wir immer sehr offen und transparent agierten und informierten und nie etwas zu verbergen hatten.*

## Dafür stehen wir ein

Der Basler Appell gegen Gentechnologie wurde 1988 in Basel anlässlich eines gentech-kritischen Kongresses gegründet. Er hat über 1'000 Mitglieder in der ganzen Schweiz und ebenso viele SympathisantInnen. Wir setzen uns insbesondere ein für folgende Forderungen:

- Keine Freisetzungen von gentechnisch manipulierten Lebewesen
- Keine Patente auf Leben
- Keine genmanipulierten Lebensmittel
- Demokratische Kontrolle der Forschung in Gen- und Reproduktionstechnologie
- Keine gentechnische Auswahl und Genmanipulation beim Menschen
- Keine gentechnischen Eingriffe beim Tier
- Mitbestimmung der Bevölkerung bei gentechnischen Grossprojekten

Weitere Informationen:

[www.baslerappell.ch](http://www.baslerappell.ch)

## Abstimmungsempfehlungen

**Ja** zur Initiative „für ein Verbot von Kriegsmaterialexporten“: Siehe Artikel.

**Nein** zur Initiative „gegen den Bau von Minaretten“. Das Plakat der Initianten macht deutlich, worum es ihnen geht: Sie verstärken Vorurteile gegen die muslimische Bevölkerung und schüren die Angst vor einer Islamisierung der Schweiz, um daraus politisches Kapital zu schlagen. Wer so politisiert, gefährdet den inneren Frieden und missachtet Grundrechte wie die Religionsfreiheit und das Diskriminierungsverbot, beides Werte, die für das friedliche Zusammenleben im Vielvölkerstaat Schweiz grundlegend sind.

## Kriegsmaterial-Eporte (Fortsetzung)

60'000 Arbeitsplätze geschaffen werden können – und dies just in einem Industriebereich, in dem auch die Rüstung angesiedelt ist. Mit den durch die Initiative zur Verfügung gestellten finanziellen Mitteln könnte die militärische nicht bloss in eine zivile, sondern in eine ökologisch nachhaltige Produktion umgewandelt werden. Das ist eine grosse Chance für die betroffenen

Unternehmen, die Regionen sowie wie für die ganze schweizerische Volkswirtschaft. Mit einer Abkehr von Rüstung und ethisch verwerflichen Kriegsgewinnen beschleunigen wir diesen positiven und nötigen Strukturwandel und stärken die Innovationsfähigkeit der Schweiz.

Stimmen wir am 29. November JA für eine friedlichere und ökologisch nachhaltigere Schweiz.

*Reto Moosmann, GSoA*

# Wärmestube Soup&Chill: noch eine Saison im Container

FrAktion

Die Wärmestube Soup&Chill wurde vor drei Jahren vom Verein für Gassenarbeit Schwarzer Peter ins Leben gerufen, als sich die Situation auf dem Gelände des Bahnhofs SBB zugespitzt hatte und die sich dort aufhaltenden Obdachlosen und Randständigen von der Vertreibung bedroht waren. Während der Wintermonate werden in der Wärmestube in Bahnhofsnähe von 17 bis 21 Uhr gratis Suppe und Tee für alle ausgeschenkt und ein warmer Ort für den Aufenthalt zur Verfügung gestellt. Dieses Angebot sorgte für eine spürbare Entspannung der Stimmung am Bahnhof und wurde sowohl von den BenutzerInnen als auch von Rail City oder von der Bahnpolizei geschätzt.



Es war schon lange bekannt, dass die Liegenschaft an der Güterstrasse, die Soup&Chill zwei Winter lang als Standort gedient hatte, abgerissen wird.

Der Schwarze Peter machte frühzeitig auf die sich anbahnende Heimatlosigkeit der Wärmestube aufmerksam und suchte nach einem neuen Standort. Dabei wurde auch die seit längerem leerstehende ehemalige Friedhofskapelle in der Elisabethenanlage, das „Totenhüsli“ ins Spiel gebracht – aus der Perspektive von Soup&Chill ein idealer Standort, nahe beim Bahnhof und nahe beim Tageshaus für Obdachlose an der Wallstrasse. Doch es zeigte sich bald, dass die neu gestaltete Elisabethenanlage nicht mehr ein Ort sein soll, wo sich alle treffen können, und dass aus dem „Totenhüsli“ ein schickes Parkcafé werden soll, das in die geputzte Umgebung passt. Jedenfalls stiess die Idee, dass die Wärmestube in die ehemalige Friedhofskapelle ziehen soll, auf keinerlei Echo. Als im Oktober 2008 noch immer kein Platz für Soup&Chill gefunden war, wurde vom Kanton kurzfristig ein Container auf dem Meret-Oppenheim-Platz aufgestellt.

Die Saison 2008/2009 gestaltete sich nicht einfach. Der ganze Betrieb fand in ei-

nem einzigen Containerraum von 40 m<sup>2</sup> statt, mit durchschnittlich 50 BesucherInnen pro Abend, ohne Stauraum für Taschen und Mäntel des Personals, ohne Raum für die Aufbewahrung der Lebensmittel, ohne Rückzugsmöglichkeit für Einzelbetreuung im Krisenfall. Zeitweise musste sogar – obwohl dies nicht dem Konzept von Soup&Chill entspricht – ein Securitrans-Mitarbeiter präsent sein, weil die Stimmung im Container derart gereizt war. Noch während der Saison wurde vom Schwarzen Peter wiederholt auf die prekäre Raumsituation von Soup&Chill aufmerksam gemacht und die dringende Bitte nach Unterstützung bei der Suche nach einem neuen, definitiven Standort, der sich im besten Fall sogar für eine Ganzjahreslösung eignen würde, wurde bei der Verwaltung deponiert.

Als die Wärmestube im September noch immer keinen Standort hatte, entschied sich die Schreibende zu einem unkonventionellen Antrag im Grossen Rat: Im Rahmen der Debatte um den Ausgabenbericht zur Sanierung der ehemaligen Friedhofskapelle wurde beantragt, dass das „Totenhüsli“ vom 1.11.09 bis 31.3.10 im Sinne einer Zwischennutzung der Wärmestube Soup&Chill zur Verfügung gestellt werden soll. Dank der Unterstützung von Doris Gysin entschied sich auch die Mehrheit der SP-Fraktion, diesem Antrag zuzustimmen,

und in der Septembersitzung wurde er überraschend deutlich angenommen.

Leider war das noch nicht das Happy End für Soup&Chill, denn das Baudepartement stellte sich auf den Standpunkt, dass eine Nutzungsänderung der Friedhofskapelle zwingend eine Baubewilligung erfordere und dass eine Ausnahmegenehmigung nicht möglich sei, weil das „Totenhüsli“ in einer Grünzone und ausserhalb der Bauzone liege. Da in diesem Fall eine einzige Einsprache genügt hätte, um die Zwischennutzung bis im Frühling zu verzögern, musste sich Soup&Chill schweren Herzens nochmals für eine Saison im Container beim Meret-Oppenheim-Platz entscheiden, um den Start der Wärmestube im November nicht zu gefährden.

Nun wird also am 8. November die vierte Saison von Soup&Chill eröffnet. Der Container ist mit 80 m<sup>2</sup> viel grösser und erlaubt eine Unterteilung der Räumlichkeit, so dass der Betrieb wohl nicht so schwierig wird, wie im letzten Winter. Doch die Frage des definitiven Standorts ist noch nicht gelöst und auch die Frage, ob Randständige im gesamten öffentlichen Raum zumindest geduldet werden, oder ob sie nur in Teilbereichen der Stadt erwünscht sind, ist nicht abschliessend geklärt. Dieses Thema wird und muss uns weiterhin beschäftigen.

Heidi Mück

## Parolen (Fortsetzung)

**Nein** zur Spezialfinanzierung für Aufgaben im Luftverkehr. Der Luftverkehr verursacht sehr grosse externe Kosten in den Bereichen Umwelt, Lärm, Klima und Gesundheit der Bevölkerung. BastA! würde es begrüessen, wenn bei der Luftfahrt das Verursacherprinzip umgesetzt würde. Dazu müsste aber in erster Linie eine Kerosinbesteuerung auch für internationale Flüge eingeführt werden, die dem Luftverkehr alle Kosten anlastet, die er verursacht. Davon ist die jetzt zur Abstimmung gelangende Vorlage weit entfernt. Der vorgesehene Spezialfonds ist nicht mehr als eine Alibi-Übung, um von den eigentlichen Problemen im Luftverkehr abzulenken.



Das „Totenhüsli“ in der Elisabethenanlage



# Der türkische Staat manövriert sich in eine Sackgasse

Delegationsreise nach Kurdistan

Eine Delegation des Vereins Städtepartnerschaft Basel-Van besuchte Anfang Oktober dieses Jahres die kurdischen Gebiete im Südosten der Türkei. Vor Ort konnten wir uns davon überzeugen, dass die beiden vom Verein unterstützten Projekte auf gutem Weg sind. In diversen Gesprächen mit Vertreterinnen und Vertretern unterschiedlicher Organisationen wurde uns allerdings ein düsteres Bild der politischen Situation vermittelt. Der türkische Zentralstaat ist noch weit von demokratischen Gepflogenheiten und der Respektierung der Menschenrechte entfernt. Die von Ministerpräsident Erdogan proklamierte Politik der Öffnung in der Kurdenfrage ist zwar in unseren Medien wohlwollend aufgegriffen worden, in den betroffenen Regionen allerdings ist von einer Öffnung nichts zu spüren.



Vor noch nicht allzu langer Zeit keimte im Südosten der Türkei Hoffnung auf. Ein staatlich kontrollierter Fernsehkanal, der in kurdischer Sprache sendet, wurde aufgeschaltet. Ministerpräsident Erdogan versprach eine politische Lösung der Kurdenfrage unter Einbezug der prokurdischen Partei für eine demokratische Gesellschaft DTP. Die Regierungspartei AKP verteilte in den Elendsvierteln der kurdischen Städte Lebensmittel. Doch das war vor den Gemeindewahlen Ende März dieses Jahres. Das Kalkül der AKP, mit einigen wohl dosierten Zugeständnissen die kurdische Bevölkerung für sich zu gewinnen, ging nicht auf. Die kurdische Partei DTP errang einen überwältigenden Wahlsieg, stellt nun in 11 Städten und 98 Gemeinden das Präsidium und wurde landesweit zur drittstärksten politischen Kraft. Der türkische Zentralstaat reagierte, wie er das in der Vergangenheit in ähnlichen Situationen immer getan hat: mit massiver Repression.

Verhaftungen  
Drei Wochen nach den Wahlen wurden rund 200 DTP-Mitglieder verhaftet, darunter viele Kaderleute. Von den 180 Mitgliedern des Zentralvorstands der DTP sitzen 80 im Gefängnis. Und die Verhaftungswelle dauert an. Inzwischen ist die Zahl der Verhafteten auf über 400 angestiegen. In keinem Fall ist bisher Anklage erhoben worden, noch durften die Anwältinnen und Anwälte die Akten einsehen. Ein Verbot der DTP, so ist zu befürchten, steht unmittelbar bevor.

## Verhaftungen

Kinder in Gefangenschaft  
Die Repression richtet sich in letzter Zeit vermehrt auch gegen Kinder. Das Anti-Terror-Gesetz erlaubt es nämlich, bereits Kinder ab 14 Jahren wie Erwachsene abzuurteilen, mit Strafen bis zu 20 Jahren Gefängnis. Sie landen in den gleichen Strafvollzugsanstalten wie die Erwachsene.

nen. Die Anwältin Reyhan Yalçındag schätzt, dass zur Zeit rund 500 Kinder inhaftiert sind, gegen 1000 weitere läuft ein Verfahren. Die „Delikte“ sind banal. Den Kindern wird beispielsweise vorgeworfen, an einer Kundgebung der DTP teilgenommen, Ordnungskräfte mit dem „Victory-Zeichen“ provoziert oder einen Stein gegen einen Panzerwagen geworfen zu haben.

## Politik unter erschwerten Bedingungen

Die demokratisch gewählten kurdischen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister werden in ihrer Arbeit systematisch behindert. Der Zentralstaat stellt ihnen viel zu wenig Steuergelder zur Verfügung. Er legt seinen Berechnungen Einwohnerzahlen

zugrunde, die wegen des massiven Zustroms von Binnenflüchtlingen aus den von der Armee zerstörten Dörfern schon lange nicht mehr aktuell sind. Die Kommunen haben in der Türkei nicht das Recht, eigene Steuern zu erheben. Viele Amtspersonen werden ausserdem mit Strafverfahren überhäuft. Der Bürgermeister von Suhr-Diyarbakir, Abdullah Demirbas, sieht sich mit Strafanträgen von insgesamt 98 Jahren Haft konfrontiert. Es reicht schon, amtliche Dokumente ins Kurdische übersetzen zu lassen, um ein Verfahren zu riskieren. Nicht umsonst prangt an einem der Berge, die Van umgeben, in grossen Lettern die provokative Inschrift: „Glücklich ist, wer ein Türke ist.“



Van-Bostanici: Wo die Delegation vor drei Jahren noch einen öden Acker vorfand, steht heute die Wäscherei Maya. Sie bietet Frauen – vorwiegend Binnenflüchtlingen aus den von der türkischen Armee zerstörten Dörfern – nicht nur die Möglichkeit, ihre Wäsche zu waschen, sondern gleichzeitig auch Bildungsangebote wahrzunehmen und ihre Kleider zu nähen. Das Projekt ist auf Antrag des Vereins Städtepartnerschaft Basel-Van mit namhaften Beiträgen aus dem Fonds für Entwicklungszusammenarbeit des Kantons Basel-Stadt und der Gemeinde Binningen unterstützt worden. Zusammen mit den vom Verein selber gesammelten Spenden konnten wir über Fr. 100'000.- für das Projekt überweisen.

„Maya“ heisst die Wäscherei übrigens zu Ehren von BastA!-Mitglied Maya Heuschmann, die sich – zusammen mit andern Vereinsmitgliedern – von Anfang an stark für das Projekt engagiert hat.

## Enttäuschung treibt jung Menschen in die Berge

Die Folgen dieser systematischen Behinderung kurdischer Politikerinnen und Politiker sind verheerend. Vor allem junge Menschen wenden sich enttäuscht von der Politik ab und „gehen in die Berge“, was soviel heisst wie: Sie schliessen sich der Guerilla an. „Wir wollen nicht in die Berge gehen, wir wollen politische Lösungen“, sagt Abdullah Demirbas, „aber der Zentralstaat lässt uns ja nicht politisieren.“ Dabei gäbe es so viel zu tun. Ein grosser Teil der kurdischen Bevölkerung lebt in prekären Verhältnissen, haust oft isoliert in mit Lehm überzogenen Steinhütten am Rand der Städte, ohne Kanalisationsanschluss und fliessend Wasser.

## PKK nach wie vor populär

Die kurdische Arbeiterpartei PKK und deren Präsident Abdullah Öcalan geniessen in der Bevölkerung nach wie vor grossen Rückhalt. Gleichzeitig wünschen sich wohl die meisten Kurdinnen und Kurden nichts sehnlicher, als in Frieden leben zu können. Doch ohne die PKK – so eine weit verbreitete Überzeugung – würde die Kurdenproblematik vom Zentralstaat gar nicht erst wahrgenommen. Die PKK ist aus der Sicht vieler Kurdinnen und Kurden ein wichtiges Pfand, um den Staat zu politischen Zugeständnissen zu zwingen. Zur Zeit hat die PKK einen einseitigen Waffenstillstand proklamiert. Abdullah Öcalan hat einen Friedensplan vorgelegt.

## Ein Bürgermeister zum Anfassen

Bekir Kaya, der Bürgermeister von Van, nimmt sich viel Zeit, um uns ein Bild der anstehenden Probleme zu vermitteln und seine Lösungsansätze darzustellen. Wir begleiten ihn auf einer Fahrt durch die Elendsviertel der Stadt. Bei einer Primarschule hält der Wagentross an und wir stei-



Empfang beim Freien Volksrat. Rechts der Präsident des Rats, Dritter von links Bekir Kaya. (Alle Fotos: Anne-Lise Hilty)

gen aus. Im Nu entleert sich der Pausenplatz und wir sind von Hunderten von Kindern umringt, die nur ein Ziel haben: Den Bürgermeister zu begrüessen. Alle drängeln sich nach vorn, wo Bekir Kaya ruhig im Gewühle steht und Kinderhände schüttelt.

## Wahlversprechen werden eingefordert

Nach dem Zwischenhalt bei der Schule geht die Fahrt weiter zum Freien Volksrat des Quartiers. Dieser Rat hat sich noch unter der AKP-Regierung formiert, als parteiunabhängige Interessenvertretung der Quartiersbevölkerung. Der kleine Versammlungsraum ist mit Teppichen ausgelegt, als Sitzgelegenheit dienen Kissen. Der Präsident des Volksrats begrüsst uns im Garten, der das Versammlungsgebäude umgibt. Es werden Trauben und Melonen aufgetischt, und dazu natürlich der obliga-

te Tee. Bekir Kaya erzählt, er habe der hiesigen Quartiersbevölkerung vor den Wahlen ein Quartierzentrum versprochen, mit Räumen für kulturelle und gesellige Anlässe, einer Bibliothek und einer Parkanlage. Er sei kaum eine Woche im Amt gewesen, als der Präsident des Volksrats angerufen und ihn an sein Versprechen erinnert habe. Er, Kaya, habe mit Hinweis auf die prekäre Finanzlage der Stadt den Volksrat auf einen späteren Zeitpunkt vertrösten wollen, doch dieser habe nicht locker gelassen. „Was brauchst du denn?“, habe der Präsident gefragt. „Du lieferst das Land, wir stellen die Arbeitskräfte, du lieferst das Material, wir bauen.“ Und so wird's jetzt gemacht.

Auch in anderen Quartieren sei er auf solche Arrangements angewiesen, wenn es etwa um den Bau einer Kanalisation gehe, erklärt Bekir Kaya. Er nennt dies partizipative Demokratie. Einmal pro Woche fährt der Bürgermeister hinaus in die Quartiere und informiert sich vor Ort über die anstehenden Probleme. Viele Projekte werden unter Mitwirkung der betroffenen Bevölkerung geplant und realisiert. Nur so sind angesichts der wenigen Geldmittel kleine Fortschritte möglich.

## Mutige Frauen und Männer

Wir treffen auf unserer Delegationsreise noch viele Frauen und Männer, die sich unter widrigen Umständen mit Fantasie und viel Engagement für eine Verbesserung der Lage der Bevölkerung einsetzen: in der Politik, in den Gewerkschaften, im Bildungswesen, in Frauenprojekten, in Quartiersräten, in Menschenrechtsvereinen, als Anwältinnen und Anwälte. Diese Menschen machen Mut und lassen hoffen, dass der Konflikt in den kurdischen Gebieten der Türkei irgendwann einmal doch noch politisch gelöst werden kann.



Bekir Kaya wird von Schulkindern gefeiert.



# Konsumverweigerung – Décroissance

Debatte

Die Antwort auf die Finanz- und Wirtschaftskrise kann nicht einfach die Produktion und der Konsum „grüner“ Produkte sein, denn das allein führt nicht unbedingt zu einem schonenden Umgang mit den natürlichen Ressourcen und zu einer Verlangsamung der Klimaerwärmung. Grüne Technologie zielt auch nicht auf eine Umverteilung von Reichtum. Die Krise hat uns ausserdem vor Augen geführt, dass der hohe Lebensstandard in den Industrienationen zum Teil nur dank immenser Verschuldung möglich gewesen ist.

Was ist also besonnener, „grüner“ Konsum? Wie kann die Wachstumsspirale durchbrochen werden?



In letzter Zeit erfährt die Bewegung der Décroissance wieder vermehrt Beachtung, so etwa in der WoZ oder in „Le Monde Diplomatique“. Décroissance wird auf Deutsch mit „Wachstumsrücknahme“ übersetzt. Oft wird der Begriff mit Adjektiven wie „soutenable“ (tragbar), „durable“ (nachhaltig) oder auch „heureuse“ (glücklich) präzisiert.

Die Bewegung Décroissance hat ihren Ursprung im Frankreich der 70er Jahre – als Reaktion auf die Veröffentlichung des Meadows Berichts über die Grenzen des Wachstums. Heute ist die „decescita felice“ auch in Italien stark vertreten. Die Bewegung der Décroissance ist also nichts Neues. Sie bekommt aber in der jetzige Diskussion um die Finanz- und Wirtschaftskrise neuen Aufwind. In Frankreich ist im Hinblick auf die regionalen Wahlen sogar eine entsprechende Partei gegründet worden.

Was vertritt diese Bewegung, die sich weder über ein Programm noch ein wissenschaftliches Konzept definiert? Sie geht von einer grundsätzlichen Kritik am quantitativen Wachstum aus, als dessen Kennziffer

das Bruttoinlandprodukt (BIP) gilt. Das BIP misst die Gesamtheit der produzierten respektive verkauften und konsumierten Güter und Dienstleistungen eines Landes und gilt als Massstab für den materiellen Lebensstandard. Über den Wohlstand in qualitativer Hinsicht – also über Lebensqualität, soziale und ökologische Verträglichkeit oder schlicht und einfach über die Zufriedenheit der Menschen – sagt das BIP nichts aus.

In der gängigen Ökonomie gilt eine Wirtschaft dann als „gesund“, wenn das BIP kontinuierlich wächst. Andernfalls spricht man von einer Rezession, die überwunden werden muss, indem man die Kaufkraft der Konsumentinnen und Konsumenten stärkt. Dieses Wachstumsmodell verträgt sich nach der Überzeugung der Décroissance nicht mit der Tatsache, dass die natürlichen Ressourcen beschränkt sind. Die Décroissance setzt daher auf eine Abnahme der Produktion und des Konsums. Durch eine Umverteilung des Reichtums soll verhindert werden, dass der Produktionsrückgang zu sozialen Konflikten führt.

Die Décroissance hält sich an vier Grundsätze: Konsumverzicht, Arbeitszeitverkürzung, garantiertes Grundeinkommen und Relokalisierung. Dadurch, dass

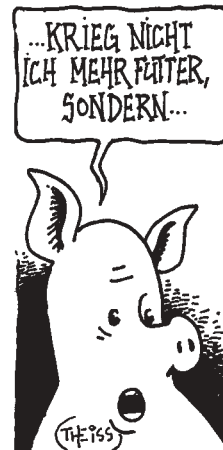
weniger produziert und konsumiert wird, werden kürzere Arbeitszeiten möglich. Die so gewonnene freie Zeit kann für die Pflege sozialer Beziehungen oder für kreative Aktivitäten genützt werden. Ein Grundeinkommen sichert die materielle Grundversorgung. Die Relokalisierung soll die regionale Entwicklung so ankurbeln, dass autonome Versorgung möglich ist. Damit verkürzen sich die Verkehrswege, die Versorgung mit Energie und Lebensmitteln erfolgt dezentral. Die Décroissance-Bewegung betont, dass Konsumverzicht sehr lustvoll sein kann und es ermöglicht, den wahren Wert von Beziehungen und Dingen wiederzuentdecken.

Die Décroissance ist dicht vernetzt. Es bestehen wichtige Beziehungen zur Anti-Globalisierungs-Bewegung, zu den Grünen, zu den Bauern, und vor allem in Frankreich auch zur Anti-Werbung-Bewegung. Wichtig sind auch die sogenannten „Transition Towns“, Städte des Übergangs, die sich jetzt schon auf die Zeit ohne Erdöl vorbereiten. Sie versuchen, Postulate der Décroissance umzusetzen. Im Vordergrund steht eine autonome Versorgung, die Kultivierung gemeinsamer Gemüsegärten, Material-Recycling, Reparatur statt Neukauf, und sogar die Einführung einer eigenen Währung. Zu diesen Transition Towns, die sich mehrheitlich in Grossbritannien befinden, gehören nicht nur kleinere Gemeinden, sondern auch grössere Städte wie Bristol oder Brixton. In Deutschland gehört Bielefeld dazu.

Es ist schwierig, die Bewegung präzise zu charakterisieren. Vieles bleibt vage. Es finden sich beispielsweise kaum Beiträge darüber, wie der Produktionsprozess organisiert werden soll, wer die Kontrolle über die Produktionsmittel inne hat, etc. Auch die Frage der Umverteilung wird nicht konkretisiert. Zwar wird kritisiert, dass 20% der Weltbevölkerung 80% der Ressourcen konsumieren. Wie aber die Länder des Südens zu einem mit den Industriestaaten vergleichbaren Lebensstandard kommen sollen, bleibt offen. Die Décroissance bietet weder eine fertige Lösung unserer Wirtschaftskrise noch eine wirkliche Alternative.

Fortsetzung nächste Seite

## ANIMAL BLUES



# Integration wird durch die Zulassungspolitik torpediert

Positionen

Am 3. Oktober hat in Bern die Fachkonferenz „Migrations- und Integrationspolitik – Die Grünen beziehen Position“ stattgefunden. Diskutiert wurden Handlungsfelder und mögliche Strategien der Grünen. Rund 60 Grüne aus der ganzen Schweiz haben an der Fachkonferenz teilgenommen, um die Grundsteine einer grünen Migrations- und Integrationspolitik zu legen. Sie fordern Chancengerechtigkeit statt Diskriminierung sowie Anpassungen in den Regelstrukturen anstatt neue Sonderregelungen. Kurz: Integration darf keine Zwangsmassnahme darstellen – vielmehr müssen Integrationsbemühungen unterstützt werden.



„Migrationspolitik ist ein fester Bestandteil grüner Politik, die Grünen sind gar besonders gefordert“, betonte der Präsident der Grünen, Ueli Leuenberger, zu Beginn der Fachkonferenz.

Die Schweizer Migrationspolitik ist im Wandel: Im Zuge der Umsetzung des neuen Ausländergesetzes stellen sich etwa Fragen zur Zulassungspolitik oder zur Umsetzung des Konzepts der Integrationsvereinbarungen. Die Forderung nach einem nationalen Integrationsgesetz steht ebenfalls zur Debatte.

## Ein Staat für alle

Die Arbeitsgruppe „Equité“<sup>1)</sup> präsentierte an der Fachkonferenz ein Thesenpapier für einen Perspektivenwechsel - Chancengerechtigkeit und Nichtdiskriminierung. Auf der Basis eines Einführungsreferats von Marc Spescha, Rechtsanwalt mit Schwerpunkt Ausländerrecht, diskutierten die TeilnehmerInnen dann die Stossrichtung einer möglichen künftigen Migrations- und Integrationspolitik. Ziel ist sicher, dass der Bund von seiner immer restriktiver werdenden Zulassungspolitik abkommt, welche die Integrationsbemühungen auf lokaler Ebene torpediert. Auch kann es nicht sein, dass „Integration“ zu einem Instrument der Zulassungspolitik wird, wie aufgrund der von Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf vorgeschlagenen erneuten Verschärfungen zu befürcht-

ten ist. Demnach sollen fehlende Sprachkenntnisse zu einer Verweigerung der Niederlassungsbewilligung führen können. Das kann nicht sein. Integration darf nicht zu einem Zwang werden, das ist kontraproduktiv und führt zu einer Umdeutung der Integrationspolitik: Anstatt Inklusion wird damit Exklusion betrieben.

Bemühungen seitens der Bevölkerung, sich in die Gesellschaft zu integrieren, müssen dagegen unterstützt werden. Die Grünen fordern deshalb eine Gesellschaftspolitik, die nicht diskriminierend ist und allen Personen die gleichen Chancen einräumt, an der Gesellschaft teilhaben zu können. Das bedeutet, dass es für bestimmte Gruppen besondere Integrationsangebote braucht und auch geben darf. Diese sollten jedoch nicht über neue Sondergesetze eingeführt werden. Vielmehr sollten Integrationsziele in den bestehenden Gesetzen - zur Bildung, zur Arbeit, der sozialen Sicherheit, zu Wohnen usw. - formuliert werden.

Denn Integration ist nicht als statischer Zustand zu verstehen, sondern als Prozess, an dem bestenfalls alle Mitglieder einer Gesellschaft teilnehmen. Integration geschieht stets auf Zeit in einem sozialen Zusammenhang und gelingt keineswegs selbstverständlich.

Um die Chancengerechtigkeit effektiv sicherzustellen, aber auch die Kommunikation des Staates mit seinen Bewohnerinnen und Bewohnern zu gewährleisten, braucht es selbstverständlich z.B. für Menschen mit weniger guten Sprachkenntnissen Angebote wie Übersetzungsdienste. Im Gesundheits- und Gerichtswesen bestehen hier bereits nützliche und interessante Erfahrungen.

## Noch offene Strategiefragen

Unter den rund 60 TeilnehmerInnen waren fünf Nationalrätinnen und Nationalräte, zahlreiche Kantonsrätinnen und -räte, viele Stadt- und Gemeinderätinnen und -räte, Junge Grüne usw., die sich alle beruflich und/oder politisch mit Migrations- und Integrationsfragen auseinandersetzen.

Wie die Forderungen auf politischer Ebene umgesetzt werden können, diskutierten die Grünen in verschiedenen Workshops. Strategien wurden für die lokale,

kantonale und nationale Ebene ins Auge gefasst, darunter auch die Idee einer eidgenössischen Volksinitiative.

Neben inhaltlichen standen primär strategische Fragen zur Diskussion, deren Beantwortung weder eindeutig noch einhellig ausfiel: Welchen Handlungsspielraum hat die Schweiz gegenüber der Europäischen Union? Können oder müssen die Kantone eine autonome Politik entwickeln oder bedeutet dies Inkohärenz und eine Ungleichbehandlung der Betroffenen? Was bedeutet die Tatsache, dass die politische Rechte auch mit nicht-mehrheitsfähigen Initiativen wesentlich dazu beigetragen hat, die Migrationspolitik in ihrem Sinne zu verschärfen? Und vor allem: Welche Gegenstrategien können die Grünen ergreifen?

## Migrationspolitik ist eine

### Kernaufgabe der Grünen

Ueli Leuenberger hielt in seinem Schlussvotum fest, dass sich die Werte der Grünen in der Migrationspolitik nicht geändert haben und sie weiterhin für Solidarität und Gerechtigkeit einstehen. Zu nachhaltiger Entwicklung gehöre Migrationspolitik ebenso wie Ökologie und wirtschaftliche Fragen.

Klar ist aber, dass die Diskussionen weiter gehen müssen und zwecks politischer Kohärenz künftig auch der Informationsaustausch unter den politischen Mandatsträgerinnen und -trägern, ihren Vorstößen etc. verbessert werden muss. Zudem sind viele Grüne in diversen Nicht-Regierungsorganisationen tätig, deren Wissen und Alltagserfahrung es abzuholen und einzubinden gilt.

Die Arbeitsgruppe „Equité“, die die Fachkonferenz vorbereitet hat, wird sich in einem ersten Schritt um den Aufbau eines Netzwerkes kümmern müssen, sich vor allem aber mit der Konkretisierung der Inhalte beschäftigen.

Brigitta Gerber<sup>2)</sup>

## Konsumverzicht (Fortsetzung)

ve zum kapitalistischen System. Die Bewegung fokussiert auf das Verhalten jeder einzelnen Person. Was als moralisierend erscheint, ist nichts anderes als eine grundlegende Kritik am Wachstumscredo und am Konsumzwang. Sie legt den Finger auf unseren westlichen Lebensstil, der nicht verallgemeinerbar ist, und regt zu Diskussionen an. Vielleicht ist es kein Zufall, dass diese Bewegung gerade in Ländern wie Frankreich und Italien grossen Aufwind erfährt, also in Ländern, in denen die Linke in einer tiefen Krise steckt.

Patrizia Bernasconi

<sup>1)</sup> Die Arbeitsgruppe „Equité“, setzt sich aus grünen MigrationsexpertInnen aus verschiedenen Kantonen zusammen. Sie trifft sich ungefähr alle zwei Monate. Kontakt: corinne.dobler@gruene.ch

<sup>2)</sup> Der Text stützt sich auf das Presse-Kommuniqué von Corinne Dobler (Sekretariat Fachgruppe Equité) und ein Paper von Simon Röthlisberger (BE) in der Herbstausgabe von Greenfo

# nt/Areal - und was dann?

junges grünes bündnis

Zwischennutzungen sind zurzeit vor allem bekannt durch die Nutzung des nt-Areals und die grossen Partys, die dort im Sommer gefeiert wurden. Sie beinhalten aber viel mehr als nur scheinbar unkontrollierte Jugendliche, die ihre Freiheit und Freizeit geniessen.



Zwischennutzungen beinhalten Freizeitgestaltung, Quartieranlässe wie der Sonntagsmarkt auf dem Erlentareal, Kreativwirtschaft, Start-ups und kleine Unternehmen wie der

Young Designer's Mall, welcher zurzeit in neun Containern Ladenfläche für 40 junge Labels zur Verfügung stellt. Für eine Stadt sind solche Zwischennutzungen ein äusserst belebendes Element. Sie wachsen spontan an einem Ort, verschwinden wieder und entstehen an einem neuen Ort anders. Merkmal ist ihre Spontaneität,

Kreativität und Vergänglichkeit. Zwischennutzungen sind deshalb eine grosse Chance, Flächen, die eine Zeit lang brach liegen, weil die Nutzung sich ändert oder der Besitzer wechselt, aufzuwerten.

Die Zwischennutzung des nt/Areals hat nun ungefähr 10 Jahre gedauert. Für die Basler Jugend ist es zu einem beinahe kulturtüchtigen Ort geworden. Am Wochenende haben tausende unter freiem Himmel getanzt, Boule gespielt und sich vergnügt. Das nt hat das Bedürfnis nach Freiheit und Unkontrolliertheit perfekt aufgefangen. Viele werden deshalb nostalgisch, wenn sie

an das bevorstehende Ende der Nutzung denken und wollen den status quo erhalten. Der Reiz des nt war aber auch die Vergänglichkeit. Das

**Der Reiz des nt war aber auch die Vergänglichkeit. Das Ende einer Zwischennutzung beginnt immer dann, wenn sie anfängt.**

Ende einer Zwischennutzung beginnt immer dann, wenn sie anfängt. Die Überführung des nt-Betriebs in eine Dauernutzung ist unmöglich. Der Geist des Orts würde sich zwangsweise verändern, sobald sich die Nutzung darum herum ändert, sobald die Anwohner ihre Nachtruhe noch stärker bedroht sähen und sobald der Hauch von Unkontrolliertheit vergehe. Darum heisst es jetzt, neue Räume suchen, Neues finden und Neues erschaffen.

Mit Zwischennutzungen ist aber nicht selbstredend die soziale und urbane Qualität verbunden, die die kreativen Köpfe einer Stadt generieren. Es gibt auch etablierte Unternehmen, die eine Zwischennutzung betreiben wollen. Werden aber schwächere und unerfahrenere Gruppierungen benachteiligt, so werden Zwischennutzungen zum Wertschöpfungsinstrument für Eigentümer, indem sie kommerziellen Anbietern den Vorzug geben. Zwischennutzung würde dann zum Gefäss für die Maximierung der Renditen der Eigentümer. Die jungen kreativen Köpfe verlören eine wichtige Plattform. Damit ist auch die Kultur-

raumdebatte wieder aktuell: Es geht um Räume für «urbane Kultur», die für einmal wenig mit Rendite zu tun haben, sondern mit Kreativität.

Eine neue Zwischennutzung einzurichten steht und fällt mit dem Willen des Grundbesitzers. Ist dieser bereit, die Fläche zur Verfügung zu stellen, ist die Realisierung oft Verhandlungssache mit dem Bauinspektorat. Für Zwischennutzungen besteht heute sehr wenig Rechtssicherheit vor allem für kleinere Unternehmen und Organisationen oder EinzelkämpferInnen. Der Erfolg ist dann vom Verhandlungsgeschick und der Beurteilung durch die Verwaltung abhängig. Diese Situation ist unbefriedigend. Die Hürden für Zwischennutzende müssen gesenkt werden, wenn wir weiterhin Orte wie die alte Stadtgärtnerei, wie das nt/Areal oder das Bell-Areal wollen. Zwei Vorstösse im Grossen Rat fordern nun Instrumente zur Vereinfachung von Zwischennutzung (Mirjam Ballmer) und Massnahmen zur Motivation von Eigentümern für Zwischennutzungen (Tobit Schäfer). Die Erarbeitung eines einfachen und transparenten Verfahrens soll den Zugang für

schwächere Gruppierungen, die im Gegenzug aber umso mehr zu einer Belegung einer Fläche beitragen, vereinfachen. Motivation und Hilfestellungen

durch entsprechende Erstberatungen (analog Energieberatung) oder entsprechende Hilfsmittel wären angebracht.

Ein hier zu erwähnendes Beispiel ist Holland. Dort ist gesetzlich verankert, dass Räume, welche länger als ein Jahr leer stehen, besetzt werden dürfen. Das führt dazu, dass es Zwischennutzungsagenturen gibt, die eine hohe Dynamik in der Raumnutzung gewährleisten können. Ob ein solches System auch für Basel denkbar wäre, ist offen. Ein interessanter Gedankenansatz ist es aber allemal.

Auch mit den oben genannten Vorstössen oder gesetzlichen Regelungen bleibt aber klar: Zwischennutzungen können und sollen nicht verstaatlicht werden. Sie müssen von unten, aus dem Innern der Gesellschaft oder einer Gruppierung entstehen. Das Management solcher Flächen soll zwar Platz lassen für Innovatives und Neues, machen müssen es die Kreativen, Innovativen und Jungen dann aber schon selber.

Mirjam Ballmer

junges grünes bündnis, Grossrätin

Ich interessiere mich für BastA! Schickt mir mehr Unterlagen.

Ich möchte regelmässig von BastA! hören. Ich spende mindestens Fr. 30.- und bekomme den detaillierten BastA!-Versand.

Ich will Mitglied von BastA! werden und bezahle einen monatlichen Beitrag von Fr. \_\_\_\_\_.-

(Richtgrösse ist 1% des Nettoeinkommens, der Minimalbeitrag für Leute mit geringem Einkommen beträgt Fr. 10.- pro Monat).

Ich bestelle die Broschüre „Mobilität mit Qualität“ (38 Seiten, Unkostenbeitrag Fr. 5.-)

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Strasse: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

Telephon/Fax: \_\_\_\_\_

Bitte einsenden an:  
BastA!, Basels starke Alternative  
Rebgasse 1, Postfach, 4005 Basel  
oder Fax 691 16 31

Impressum: Nr. 4/November 2009. Herausgeber: Förderverein BastA!, Rebgasse 1, Postfach, 4005 Basel, Tel./Fax 061 / 691 16 31, E-Mail: sekretariat@basta-bs.ch, PC 40-31244-5, Website: www.basta-bs.ch. erscheint mind. 4x jährlich, Redaktion: Karin Haeblerli, Patrizia Bernasconi, Richard Spillmann, Martin Flückiger, Druck: Rumzeis Basel